

RIO-20-PLUS **DER WEG IN EINE** **NACHHALTIGE ZUKUNFT**

BESCHLUSS DES CDU-BUNDESVORSTANDES VOM 11. JUNI 2012

CDU

Rio-20-plus – der Weg in eine nachhaltige Zukunft

Die anstehende Konferenz Rio + 20 vom 20. bis 22. Juni 2012 bietet die Chance, ein neues Kapitel aufzuschlagen und wichtige Impulse für eine nachhaltige Entwicklung, eine nachhaltige Wirtschaftsweise sowie mehr soziale Gerechtigkeit und Wohlstand weltweit in Entwicklungs- und Industrieländern zu setzen. Mit „Rio-20-plus“ geben wir Anstöße für den Weg in eine nachhaltige Zukunft.

Der Weltgipfel in Rio de Janeiro im Jahr 1992 war ein Aufbruch: Erstmals bekannte sich die internationale Staatengemeinschaft zum Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung. Sie machte damit deutlich, dass Umwelt und Entwicklung zwei Seiten einer Medaille sind, die sich gegenseitig bedingen. Sie verpflichtete sich insbesondere, die wachsende wirtschaftliche und damit auch soziale Kluft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zu begrenzen und die bedrohten natürlichen Lebensgrundlagen besser zu schützen.

Die Nachhaltigkeitsdiskussion wurde Bestandteil der öffentlichen Diskussion. Zum ersten Mal in der Geschichte der Vereinten Nationen konnten auch Nichtregierungsorganisationen offiziell am Vorbereitungsprozess teilnehmen. Das war ein wichtiger Meilenstein. Unter dem Motto „Global denken – lokal handeln!“ wurden zudem die Kommunen der Unterzeichnerländer aufgerufen, eigene Aktionspläne für eine nachhaltige Entwicklung zu erarbeiten („Lokale Agenda 21“).

Wir freuen uns, dass in der Folge der Rio-Konferenz die Idee der Nachhaltigkeit bei uns in Deutschland weiter an gesellschaftlicher Dynamik gewonnen hat. Es ist eine breite Lokale Agenda 21-Bewegung entstanden mit dem Ziel, ökologische Herausforderungen zu bewältigen und gleichzeitig Lebensqualität und Wohlstand vor Ort zu sichern. Wir ermuntern die kommunal Verantwortlichen, den eingeschlagenen Weg zusammen mit den Menschen vor Ort weiter zu gehen.

Mit einer Nachhaltigkeitsstrategie wurden in Deutschland Ziele zur Verankerung einer nachhaltigen Entwicklung festgelegt. Sie werden stetig weiter entwickelt. Kern der Strategie sind die Leitgedanken: Generationengerechtigkeit, Lebensqualität, Sozialer Zusammenhalt und Internationale Verantwortung. Von großer Bedeutung ist es, dass eine wirk-

same Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie im politischen Alltagsgeschäft gewährleistet ist. Dazu gehören auf Regierungs- und Parlamentsebene Einrichtungen mit der Aufgabe des Monitoring und des Controlling. Dabei streben wir im Bund eine noch engere Zusammenarbeit zwischen dem Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung, dem Rat für Nachhaltige Entwicklung sowie dem Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung an.

Die CDU ist dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung verpflichtet. Wir wollen wirtschaftlichen Wohlstand, soziale Bedingungen und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen dauerhaft in Einklang bringen. Die heute lebende Generation trägt dafür die Verantwortung, nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Natur und Umwelt zu übergeben. Die Schöpfung bewahren – und die Zukunft gewinnen, das ist seit jeher Ziel unserer Politik auf der Grundlage christlicher Wertvorstellungen.

Diesen Weg hat die CDU konsequent verfolgt. 1986 wurde von Bundeskanzler Helmut Kohl das Bundesumweltministerium gegründet – und der Gedanke des umweltverträglichen Wirtschaftens und einer nachhaltigen Entwicklung in das Zentrum politischen Handelns gerückt. Von diesen Grundsätzen haben sich alle CDU-Umweltminister leiten lassen.

Die Erfolge unserer Umweltpolitik sind markant und werden national und international als richtungsweisend anerkannt: Luft und Gewässer sind deutlich sauberer, die Emissionen klimaschädlicher Treibhausgase wurden erheblich vermindert, Recycling und Abfallvermeidung wurden verbessert, der Ressourcenschutz ausgebaut und der Naturschutz deutlich vorangebracht. Zwischen 1990 und 2010 stieg die Energieproduktivität um fast 39 Prozent, die Rohstoffproduktivität sogar um nahezu 47 Prozent. Luftschadstoffemissionen konnten gegenüber 1990 um 56 Prozent verringert werden. Rund 90 Prozent der Bauabfälle und 63 Prozent der Siedlungs- und Produktionsabfälle werden bereits recycelt. Deutschland hat seine internationalen Klimaschutzverpflichtungen nach dem Kyoto-Protokoll übertroffen: Im Jahr 2010 lagen die Treibhausgasemissionen in Deutschland um über 25 Prozent unter dem Niveau von 1990. Dazu haben auch die Veränderungen in den neuen Ländern beigetragen. Allerdings sind weitere Anstrengungen beim Klimaschutz

notwendig. Mit der stärkeren Nutzung erneuerbarer Energien sowie der Energieeffizienz wollen wir hierzu einen wichtigen Beitrag leisten.

Der konsequente umweltpolitische Weg hat zudem zu einer wichtigen neuen Branche am Technologiestandort Deutschland geführt: die deutsche Umweltwirtschaft ist heute international führend, Forschung und Entwicklung für neue Umwelttechnologien sind Teil der deutschen High Tech Strategie, genießen Priorität und führen dazu, dass deutsche Produkte und Know how weltweit nachgefragt werden.

Auch den beschleunigten Umstieg unserer Energieversorgung auf erneuerbare Energien hat eine CDU-geführte Bundesregierung eingeleitet. Die Energiewende ist eine Gemeinschafts- und Generationenaufgabe, die wir mit den Bürgerinnen und Bürgern, Bundesländern, Städten und Gemeinden, der Wirtschaft und allen gesellschaftlichen Gruppen gemeinsam gestalten wollen. Wir sehen den Umstieg unserer Energieversorgung als große Chance für Wirtschaft, Innovationen und zukunftsfähige Arbeitsplätze. Deutschland nimmt heute schon eine weltweite Vorreiterrolle ein: Über 20 Prozent unserer Stromversorgung stammen aus erneuerbaren Energien, eine Verdreifachung seit dem Jahr 2000. Im Bereich der erneuerbaren Energieträger waren im Jahr 2011 über 380.000 Menschen beschäftigt. Es findet weltweite Beachtung, dass gerade eine Industrienation wie Deutschland es innerhalb von wenigen Jahren geschafft hat, ein Fünftel seines Stroms mit erneuerbaren Energien zu decken. Gleichzeitig leistet Deutschland dadurch einen wichtigen Beitrag, Energietechnologien weltweit für alle umweltverträglich bereitzustellen.

Deutschland baut seine Position als Innovationsschmiede der Welt aus, die nicht nur qualitativ ausgezeichnete, sondern auch besonders ressourcenschonende Produkte auf den Markt bringt. Damit wird Nachhaltigkeit immer mehr zum entscheidenden Wettbewerbsvorteil. Experten rechnen damit, dass beispielsweise der Weltmarkt für umweltfreundliche Energietechnologien sich bis 2020 fast vervierfachen wird; für die erneuerbaren Energien werden jährlich weltweite Wachstumsraten des Umsatzes von 15 bis über 30 Prozent erwartet.

Nachhaltige Entwicklung – Herausforderung in einer globalisierten Welt

Der Klimawandel, der Verlust der biologischen Vielfalt, Wasserverschmutzung und -mangel sowie Ressourcenverknappung gefährden weltweit eine positive gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Entwicklung. Der Raubbau an der Natur hat nicht nur unmittelbare ökologische Folgen, sondern auch negative Auswirkungen auf den Kampf gegen Armut, Hunger und Krankheiten sowie für Einkommen, Beschäftigung und Wohlstand für Millionen von Menschen.

Nachhaltigkeit bedeutet für uns auch, mit den begrenzten Ressourcen sorgsam umzugehen. Hier und heute sollten Menschen nicht auf Kosten der Menschen in anderen Regionen der Erde und auf Kosten zukünftiger Generationen leben. Es geht darum, diese Erde auf Dauer und für alle unter lebenswerten Bedingungen bewohnbar zu erhalten. Nahezu alle Umweltherausforderungen sind grenzüberschreitend und nicht allein nationalstaatlich zu regeln.

Seit 1992 ist die Weltbevölkerung um annähernd 1,5 Milliarden Menschen auf heute 7 Milliarden Menschen angewachsen. Bis 2050 wird ein Anstieg auf etwa 9 Milliarden Menschen prognostiziert. Mit unserer gegenwärtigen weltweiten Wirtschaftsweise wird es jedoch nicht gelingen, den berechtigten Wohlstands- und Wachstumswünschen dieser Menschen bei gleichzeitigem Schutz der Umwelt gerecht zu werden. So haben sich einerseits die klimaschädlichen Treibhausgas-Emissionen weltweit seit 1992 um etwa 36 Prozent erhöht. Andererseits muss immer noch rund ein Fünftel der Weltbevölkerung ohne Elektrizität auskommen. Die Nahrungsmittelproduktion der Landwirtschaft ist seit 1992 um 45 Prozent gewachsen. Trotzdem sind Hunger und Unterernährung weiterhin in vielen Ländern ein gravierendes Problem. Auf etwa einem Viertel der globalen Landfläche - Heimat von 1,5 Milliarden Menschen - sind die Böden so ausgelaugt, dass sie landwirtschaftlich nicht mehr genutzt werden können. Darüber hinaus werden weltweit mindestens 2000 Hektar pro Tag der landwirtschaftlichen Nutzung durch Versiegelung entzogen. Dies erfordert in Anbetracht der wachsenden Weltbevölkerung unseren Einsatz dafür, die weitere Versiegelung drastisch zu reduzieren, nach Möglichkeit zu stoppen und ausgedörrte Flächen wieder nutzbar zu machen sowie eine deutliche Erhöhung der Flächenproduktivität der übrigen landwirtschaftlichen Nutzflächen. Deshalb engagiert sich

Deutschland weiter in der Forschung und Anwendung nachhaltiger Landwirtschaftskonzepte. Derzeit sind etwa 30 Prozent der bekannten Arten vom Aussterben bedroht. Über 130.000 Quadratkilometer Wald werden jährlich vernichtet, 36 Prozent davon entfällt auf die Zerstörung von Regenwäldern. Seit 1990 hat sich die weltweite Waldfläche um 300 Millionen Hektar vermindert, ein Gebiet größer als Argentinien. Die Ozeane – rund 70 Prozent unseres Planeten sind mit Wasser bedeckt – sind durch Überfischung, Artensterben, Klimaerwärmung und Abfall bedroht. Obwohl bis 2012 in den Weltmeeren ein Netz von Schutzgebieten aufgebaut werden soll, ist bislang erst knapp 1 Prozent der Fläche unter Schutz gestellt.

Diese Zahlen unterstreichen die Dimension der Herausforderung. Das weltweite Wirtschaftswachstum muss vom Verbrauch natürlicher Ressourcen entkoppelt und der Konsum nachhaltiger werden. Es gilt, auch weiterhin innovative Lösungen zu entwickeln auf dem Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise, einer Green Economy. Es geht um eine umfassende Modernisierung hin zu einer emissionsarmen, energie- und ressourcen-effizienten Wirtschaft, die die natürlichen Lebensgrundlagen schützt und soziale Aspekte beachtet, aber auch gleichzeitig herausragende Chancen bietet.

2010 konnten bei der 10. Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über die biologische Vielfalt im japanischen Nagoya wichtige Schritte zum Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen vereinbart werden. Die internationale Staatengemeinschaft hat sich auf Maßnahmen geeinigt, um bis 2020 den weltweiten Biodiversitätsverlust zu stoppen. Ein ehrgeiziger Plan zur Mobilisierung der erforderlichen finanziellen Mittel soll die Umsetzung begleiten. Diesen Weg wollen wir konsequent fortsetzen.

Rio 2012 – Was ist zu tun?

Im Juni 2012 werden die Vereinten Nationen im Rahmen der Nachfolgekonferenz „Rio plus 20“ Bilanz ziehen und weitere Maßnahmen beschließen. Bei dieser Konferenz müssen die Weichen für die Zukunft gestellt werden.

Wachstum darf nicht länger mit einem Raubbau an natürlichen Ressourcen einhergehen. Denn dies bedroht unsere Lebensgrundlagen und die kommender Generationen. Wir brauchen eine nachhaltige Wirtschaftsweise, die das Naturkapital der Erde schützt und einen gerechten Zugang zu endlichen Ressourcen ermöglicht. Wir benötigen ein qualitatives Wachstum, das mit einer ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise einhergeht. Wir setzen uns dafür ein, die Prinzipien nachhaltiger Entwicklung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft grundlegend und international zu verankern und Mindestanforderungen an Sozial- und Umweltstandards sowie Infrastrukturen festzulegen. Einen wichtigen Beitrag hierzu leisten Nachhaltigkeitsstrategien, ob auf kommunaler oder Landesebene, im Bund oder in der Europäischen Union. International von großer Bedeutung ist die Definition von ökologischen Grenzen – wie beispielsweise das sogenannte „2-Grad-Ziel“ im Klimaschutz –, die von den Staaten im Lichte des Vorsorgeprinzips nicht überschritten werden sollten.

Deutschland hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Tradition, die geeignet ist, Wohlstand und soziale Sicherheit zu gewährleisten und die auch weltweit einen erheblichen Beitrag zu einer ökologischeren, aber auch sozial faireren Gesellschaft leisten kann. Die Soziale Marktwirtschaft ist der Ordnungsrahmen, der die drei Säulen der Nachhaltigkeit – Ökonomie, Ökologie und Soziales – wie keine andere Wirtschaftsordnung in Einklang bringen kann. Der erfolgreiche Aufbau Ost und die zeitgleiche ökologische Sanierung der neuen Länder nach der Wiedervereinigung haben dies eindrucksvoll gezeigt. Unser Ziel ist es, die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft stärker zur Anwendung zu bringen. Dazu gehört auch, marktwirtschaftliche Instrumente einzusetzen, um Innovationen und nachhaltiges Wirtschaften voranzubringen. Das erfordert auch, langfristig die sogenannten externen Kosten, zum Beispiel bei der Gewinnung und dem Abbau von fossilen Energieträgern und Rohstoffen „einzupreisen“ bzw. zu internalisieren. Nachhaltigkeit ist dabei nicht nur Aufgabe des Staates. Wir alle können dazu beitragen, Nachhaltigkeit als Leitidee in der

Gesellschaft zu stärken. Mit ihren Kaufentscheidungen können Verbraucherinnen und Verbraucher Unternehmen motivieren, nachhaltig zu produzieren bzw. nachhaltige Dienstleistungen und Produkte anzubieten. Die öffentliche Hand sollte im Rahmen ihres Beschaffungswesens eine Vorbildfunktion mit Blick auf den nachhaltigen Einkauf wahrnehmen.

Das Wissenschaftsjahr 2012 „Zukunftsprojekt Erde“ zeigt eindrucksvoll, wie unsere Forschung auf vielen Feldern zur Lösung globaler Probleme beiträgt. Mit dem Potsdamer Institute for Advanced Sustainability Studies haben wir ein neues, international vernetztes wissenschaftliches Kompetenzzentrum geschaffen.

Erforderlich ist bei der Rio-Folgekonferenz ein Bekenntnis der Staatengemeinschaft zur Entwicklung einer globalen Green Economy. Dafür brauchen wir konkrete internationale Zielsetzungen und Indikatoren, die eine Abschätzung des erreichten Fortschritts ermöglichen. Wir befürworten die Einführung globaler Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDG's) und setzen uns für die globale Beachtung von Sozialstandards ein.

Wir unterstützen die Aktionsagenda „Sustainable Energy for All“, eine Partnerschaft von UNO und Privatwirtschaft mit der konkreten Zielsetzung, bis 2030 weltweit einen Zugang zu moderner Energieversorgung sicherzustellen, sowie die Energieeffizienz-Verbesserungsrate und den Anteil der erneuerbaren Energien weltweit zu verdoppeln.

Doch wir brauchen mehr: Die Sicherung von Wasser, Energie und Ernährung sowie Rohstoffen und Flächen kann nicht länger getrennt voneinander betrieben werden. Sektorübergreifende Zusammenarbeit bildet die Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung, um Nutzungskonflikte zu verringern und eine bessere Balance herzustellen. Dazu gehört auch eine enge internationale Zusammenarbeit bei einheitlichen Zertifizierungen. Vor allem brauchen wir im Interesse des Klimaschutzes einen globalen Kohlenstoffmarkt. Um dieses Ziel zu erreichen, setzen wir uns für eine Verknüpfung regionaler Emissionshandelssysteme ein.

Wir wollen die Vereinten Nationen im Umweltbereich neu aufstellen. Wir setzen uns für eine institutionelle Aufwertung des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) in Nairobi vergleichbar der Weltgesundheitsorganisation ein. Damit soll dem Konzept nachhaltigen Wirtschaftens weltweit besser zum Durchbruch verholfen werden.

Wir fordern einen besseren Schutz der Ozeane. Wir müssen dauerhafte und irreversible Schädigungen vermeiden, ein globales System an Meeresschutzgebieten schaffen, Fischbestände nachhaltig nutzen und dafür sorgen, dass auch die CO₂-Emissionen von Schiffen zurückgehen.

Die CDU setzt sich dafür ein, den Aufbruch, der vor 20 Jahren von Rio ausging, auch in die Zukunft zu tragen. Mit Mut und Engagement wollen wir einer nachhaltigen Entwicklung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zum Durchbruch verhelfen und sie zur Grundlage nationalen und internationalen Handelns machen.